

„Nicht nur für Radlwege zuständig“

INTERVIEW Landrat Mirbeth spricht über seinen potenziellen Nachfolger, die Kooperation mit der Stadt und schlägt einen „Regionsrat“ für Stadt und Landkreis vor.

VON CHRISTOF SEIDL
UND JOSEF PÖLLMANN, MZ

Herr Mirbeth, im Mai 2009 haben Sie den Kreisvorsitz der Landkreis-CSU abgegeben. Hat Sie das, im Nachhinein betrachtet, in den Möglichkeiten Ihrer Amtsführung geschwächt?

Mirbeth: Nein, im Gegenteil. Für mich als Landrat war es der richtige Schritt. Ich merke, dass ich in manchen Sachentscheidungen jetzt ein bisschen freier agieren kann. Nachdem ich in die Parteiarbeit nicht mehr so stark eingebunden bin, entfallen auch gewisse Rücksichtnahmen, die mich bei Meinungsäußerungen und Sachentscheidungen zwar letztlich nicht beeinflussten, sie aber mitunter in der Begründung schwieriger machten.

Bis zur Landratswahl 2014 ist es zwar noch weit. Machen Sie sich eigentlich heute schon Gedanken, wer in der CSU als Nachfolger infrage kommen könnte?

Wenn es zur Nachfolgefrage kommt, sehe ich es als meine Aufgabe an, der Partei Vorschläge oder Empfehlungen zu machen. Derzeit aber kann ich den Interessenten nur raten, mit einer Bewerbung nicht zu früh an die Öffentlichkeit zu gehen, denn wer den Kopf zu früh aus der Deckung steckt, wird selten der Kandidat oder die Kandidatin.

Hat die CSU überhaupt genügend Kandidaten? Denn mit dem Bundestagsabgeordneten, der auch neu ist, sind ja nicht alle zufrieden, wie man hört.

Sicher muss sich Peter Aumer erst in die große Politik hineinfinden. Das ist richtig. Aber er macht seine Sache als Neuling sehr gut. In der CSU gibt es viele gute Kandidaten und Kandidatinnen, die so um die 45 bis 50 Jahre alt sind. Denn Lebenserfahrung sollten sie haben, und sie sollten schon einmal fest in einem Beruf ihren Mann oder ihre Frau gestanden haben. Das vermisse ich zum Beispiel bei vielen jungen Menschen, die in die Politik gehen. Sie kommen mitunter im Nadelstreifenanzug, reden von Posten, übersehen aber gern, dass man sich verantwortungsvolle Aufgaben auch erarbeiten muss.

2013 und 2014 werden spannend wegen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl. Renommierte Bürgermeister der CSU, die in ihrer Heimat fest im Sattel sitzen, können allerdings nicht mehr zu hundert Prozent damit rechnen, als Landratskandidat zu gewinnen. Sie haben es ja bei Ihrer Wiederwahl erlebt, dass es für Christoziale schwer ist, sich mit einer satten Mehrheit durchzusetzen.

Bürgermeister, die wieder für ihr Amt im Rathaus kandidieren wollen, sind meiner Meinung nach für die Landratswahl blockiert. Man kann dem Bürger ja schlecht vermitteln, dass man für jeden Posten kandidiert, der zu besetzen ist. Auch Landtagsabgeordnete müssten sich fast zur gleichen Zeit für beide Ziele nominieren lassen und sind wohl politisch – nicht wahlrechtlich – für eine Kandidatur „blockiert“, es sei denn, sie entscheiden sich nur für eine Aufgabe. Wir haben unter den 3500 Mitgliedern unseres CSU-Kreisverbands sehr gute Leute, die für eine Kandidatur infrage kommen.



Landrat Herbert Mirbeth

Foto: MZ-Archiv

„Wir tragen tagtäglich so viel Kaufkraft in die Stadt hinein, sodass wir aufrecht und selbstbewusst auch die öffentlichen Einrichtungen in Anspruch nehmen können.“

Ihr Nachfolger wird vor allem mit dem Thema Sparen zu tun haben. Wie hat es der Landkreis geschafft, die zweitbilligste Verwaltung in Bayern zu werden?

Wir wirtschaften sehr sparsam. Aber natürlich müssen wir manche Aufgaben, etwa im Schulbereich, nicht so in dem Maße leisten wie andere Landkreise, weil wir eben auch die schulische Infrastruktur von Regensburg zur Verfügung haben. Eine Schamesröte aber bekommen wir deshalb nicht, denn für jedes Kind in den Regensburger Schulen zahlen wir unsere Gastschulbeiträge und dieses Geld trägt zum breiten schulischen Gesamtangebot in Regensburg bei, wovon auch die städtische Bevölkerung selbst profitiert. Und im Übrigen: Wir vom Landkreis tragen tagtäglich so viel Kaufkraft in die Stadt hinein. Und viele Zehntausend Arbeitskräfte aus dem Landkreis erwirtschaften auch die Gewerbesteuer in der Stadt, sodass wir schon deshalb aufrecht und selbstbewusst auch die öffentlichen Einrichtungen in der Stadt in Anspruch nehmen können.

Seit langem wird über Synergieeffekte zwischen Stadt und Landkreis geredet. Wie sieht es denn konkret mit Projekten aus, etwa mit einer gemeinsamen Zulassungsstelle?

„Peter Aumer macht seine Sache als Neuling sehr gut. In der CSU gibt es viele gute Kandidaten und Kandidatinnen, die so um die 40 bis 50 Jahre alt sind.“

Ich gebe zu, dass bei der Zulassungsstelle auf beiden Seiten der „Kirchturm“ eine Rolle gespielt hat. Da haben wir unsere Hausaufgaben noch nicht erledigt. Wir hätten zwar nicht am Schalter einsparen können, aber sicher in der Hintergrund-Organisation der Zulassungsstelle. **Im Bereich der Gestaltung einer gemeinsamen Schullandschaft aber sind wir – sieht man einmal von FOS/BOS ab – doch schon sehr weit gekommen.** Auch in der Verkehrsentwicklung gibt es nicht zu übersehende gute Ansätze einer Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis. Ein viel versprechendes Pilotprojekt aber beschäftigt uns derzeit mit der staatlichen Straßenaufverwaltung. Wir wollen, so weit es geht, unsere Straßen gemeinsam und damit Kosten sparend unterhalten, evtl. am Ende sogar mit einem gemeinsamen Bauhof.

Beim interkommunalen Denken gibt es ja auch in den Landkreis-Gemeinden Nachholbedarf. Überspitzt gesagt: Warum muss jede Gemeinde jemand haben, der sich mit Kampfhunden auskennt?

In großen Gemeinden ist das kein Problem. Aber sobald eine Gemeindeverwaltung nur mit wenigen Leuten besetzt ist, müssen die dann eben Generalisten sein. Und dann wird es schwierig. Überspitzt – auf Ihren Fall

bezogen – sucht dann der Mitarbeiter nach einer rechtlichen Lösung, während der Kampfhund frei herumläuft. Solche Dinge müssen wir bündeln.

Machen die Gemeinden da mit?

Noch nicht mit den Fortschritten, wie ich mir das wünschte. Oft wird leider noch die Eigenständigkeit der Verwaltung zu stark bewertet. Dabei geht es mir nicht um den Verlust der Eigenständigkeit. Im Gegenteil. Ich bin ein leidenschaftlicher Verfechter der Eigenständigkeit unserer kleinen Einheiten, weil ein Bürgermeister und Gemeinderat vor Ort viel für unsere Heimat bewegen kann. Es geht mir vielmehr darum, diese kleinen Einheiten mittel- und langfristig dadurch zu sichern, indem wir Aufgaben bündeln und effektiv erledigen.

Auch bei der Ansiedlung von Betrieben?

Wirtschaftsförderung spielt sich zunächst auf der Ebene der Gemeinden ab. Da tun unsere Bürgermeister auch sehr viel und sehr erfolgreich. Wir brauchen aber auch eine Plattform, von der aus wir uns insgesamt als Wirtschaftsraum Regensburger Land präsentieren können. Da geschieht aber auch schon einiges und hier müssen wir sicherlich noch vieles tun, damit der schlechte Scherz nicht gilt, die Stadt sei für Gewerbegebiete, der Landkreis für die Radlwege zuständig, denn wir sind nicht nur der Erholungsraum für die Städter, sondern ein erfolgreicher und attraktiver Lebens- und Wirtschaftsraum.

Sie sprechen häufig vom Regensburger Land. Läuft die Zusammenarbeit beim Thema Naherholung besser?

Wir arbeiten mit der Stadt im Naherholungsverein sehr eng zusammen. Wo wir uns stärken müssen, ist die Vermarktung unserer zahlreichen Naherholungsangebote. Gerade in der jüngeren Vergangenheit wurde uns in gemeinsamen Gesprächen mit den Bürgermeistern bewusst, dass wir auf diesem Gebiet „noch Geld in die Hand nehmen müssen“, um unsere Potenziale auszuschöpfen. Die Regensburg Tourismus GmbH zeigt deutlich, dass man Geld setzen muss, wenn man Geld verdienen will.

Wie ist das mit den großen regionalen Weichenstellungen? Im Zweifelsfall werden sich Stadt und Landkreis wegen unterschiedlicher Interessen blockieren.

Das stimmt. Im Moment sind wir bei strategischen Grundentscheidungen für unsere Region immer vom guten Willen anderer Partner abhängig. Um solche Fragen gemeinsam und damit sinnvoll zu lösen bräuchten wir ein aus Stadt- und Kreisräten gebildetes Gremium – nennen wir es Regionsrat – mit kommunalrechtlich wirksamen Aussagemöglichkeiten. Zusätzlich wäre eine Konstruktion analog dem Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat erforderlich – immer natürlich durch vom Bürger legitimierte Stadt- und Kreisräte gebildet, nicht von der staatlichen Ebene gesteuert.

Es kann doch nicht sein, dass für die gesamtstrategische Entwicklung einer Region – nehmen Sie z. B. die Ersatzbrücke für den Öffentlichen Personennahverkehr – bei einem Bürgerentscheid nur Bürger der Stadt Regensburg abstimmen dürfen, während die vielen Tausend betroffenen Menschen im Umfeld der Stadt Schicksals ergebnisse zuschauen müssen. Der Gesetzgeber ist nach meiner Meinung gefordert, für Verdichtungsräume solche zusätzlichen Entscheidungsebenen zu schaffen, sollen Entwicklungen nicht blockiert oder in die falsche Richtung gehen, die Leidtragenden sind immer die Menschen.